



**POLIZEI
SACHSEN-ANHALT**

Landeskriminalamt

POLIZEIMELDUNG

Nr. 011 / 11. Juni 2026

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt geht mit neuer Sonderkommission „JuRex“ gegen rechtsextremistische Jugendgruppierungen vor – erste Festnahme in Gardelegen wegen des Verdachts versuchter Anstiftung zum Mord

Landeskriminalamt
Sachsen-Anhalt

39124 Magdeburg
Lübecker Straße 53-63

TEL:
0391-250-2020

Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt (LKA) geht mit einer eigens eingerichteten Sonderkommission (SoKo) „JuRex“ gegen das zunehmende Agieren rechtsextremistischer Jugendgruppierungen vor.

Am 10. Juni 2026 führten Einsatzkräfte des LKA im Rahmen der Sonderkommission (SoKo) „Jurex“ eine Durchsuchung der Wohnräume eines Beschuldigten in Gardelegen durch.

Pressestelle:
Uwe Bachmann

TEL:
0391-250-2020

Den polizeilichen Maßnahmen liegt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der versuchten Anstiftung zum Mord zugrunde. Dem 34-jährigen deutschen Beschuldigten wird zur Last gelegt, über soziale Medien versucht zu haben, ein Tötungsdelikt in Auftrag zu geben.

E-Mail:
presse.lka@
polizei.sachsen-anhalt.de

Im Anschluss an die Durchsuchungsmaßnahmen wurde der Beschuldigte dem zuständigen Haftrichter am Amtsgericht Gardelegen vorgeführt. Dieser folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft Halle und ordnete die Untersuchungshaft an. Der Beschuldigte wurde zwischenzeitlich in eine Justizvollzugsanstalt überführt.

Gegen den Beschuldigten werden darüber hinaus weitere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verbreitens verfassungsfeindlicher Inhalte in sozialen Medien geführt, bei denen er vielfach auf Jugendliche eingewirkt hat. Dabei werden insbesondere Netzwerke bedient, in denen sich regelmäßig Jugendliche bewegen. Die weiteren Ermittlungen dauern an.

**Sachsen-Anhalt
#moderndenken**

www.polizei.
sachsen-anhalt.de

Der Pressesprecher des LKA:

„Die SoKo „JuRex“ wird konsequent Straftaten aus diesem Phänomenbereich verfolgen und alle zur Verfügung stehenden rechtlichen und operativen Möglichkeiten ausschöpfen, um Tatverdächtige zu identifizieren und Straftaten aufzuklären.“

Hintergrund:

Die Soko „JuRex“ bündelt seit Anfang Mai 2026 landesweit sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen, um Radikalisierungsprozessen und der zunehmenden Gewaltbereitschaft junger Menschen wirksam entgegenzutreten. Dies gilt sowohl für organisierte Gruppenaktivitäten als auch für Straftaten einzelner Gruppenmitglieder.

Darüber hinaus richtet die Sonderkommission ihren Fokus auf die Faktoren, die die Entstehung und Verbreitung solcher Gruppierungen begünstigen. Durch die enge Zusammenarbeit mit Behörden, Bildungseinrichtungen sowie Akteuren der Sozialarbeit sollen Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen entwickelt werden, um ihnen wirksam entgegenzuwirken.

Sicherheitsbehörden stellen *bundesweit* einen zunehmenden Zulauf zu rechtsextremistischen Jugendgruppierungen fest. Hierzu zählen ebenso Gruppierungen aus Sachsen-Anhalt wie „Jung & Stark“ (JS), „Deutsche Jugend voran“ (DJV) sowie „Deutsche Jugend zuerst Halle (Saale)“ (DJZ). Diese treten vermehrt bei öffentlichen Veranstaltungen in Erscheinung und verfügen teilweise über ein erhebliches Mobilisierungspotential. In einzelnen Fällen konnten Mitglieder dieser Gruppierungen mit politisch motivierten Gewalttaten in Verbindung gebracht werden.

Die Mitglieder dieser Gruppierungen sind überwiegend jung, vielfach minderjährig, und bislang nur vereinzelt oder noch gar nicht im Bereich der politisch motivierten Kriminalität polizeilich in Erscheinung getreten. Inhaltlich greifen die Gruppierungen bekannte rechtsextremistische Feindbilder auf. Einer der Schwerpunkte ihrer Agitation richtet sich gegen die LGBTQ+-Community.

Die Vernetzung erfolgt überwiegend über digitale Kommunikationsplattformen. Unter dem Deckmantel ideologischer Zugehörigkeit werden dort rechtsextremistische Inhalte verbreitet sowie Hass und Hetze propagiert. Aus diesen virtuellen Netzwerken entwickeln sich zunehmend reale Zusammenkünfte im öffentlichen Raum. In der Vergangenheit kam es im Zusammenhang mit solchen Treffen bereits zu politisch motivierten Gewaltstraftaten.